

nisierten interreligiösen Gespräches in Italien auf. Der Oberrabbiner wiederholte bei der Gelegenheit die vor einem Jahr durch Außenminister Peres ausgesprochene Einladung des Papstes zu einem Besuch in Israel.

### Gelingt es, die Lebensbedingungen der Palästinenser schnell zu verbessern?

Was einen bevorstehenden Papstbesuch angeht, gehörte der lateinische Patriarch von Jerusalem, *Michel Sabbah*, in den letzten Wochen eher zu den Zurückhaltenden. Der palästinensische Priester wies darauf hin, daß der Frieden einiges vereinfacht habe, dennoch dürfe man aber nicht vergessen, daß man am Anfang stehe. Zunächst müßten die ersten Bedingungen der politischen Vereinbarungen von Washington umgesetzt sein, bevor an eine Pilgerreise des Papstes zu denken sei.

Eher abwartend-zurückhaltend waren auch die ersten Reaktionen der *arabischen Christen* in den israelisch besetzten Gebieten und Ost-Jerusalem auf die Unterzeichnung der Prinzipienklärung durch Israel und die PLO. Dabei versprechen gerade sie sich eine nachhaltige Verbesserung ihrer schwierigen Lage durch einen Friedensschluß. Die Lage der christlichen Araber war in den letzten Jahren deshalb schwierig, weil sie wie zwischen allen Stühlen lebten. Die Zahl der Auswan-

derer ist gerade unter ihnen besonders groß. Während die muslimischen Araber ihnen mit einiger Distanz begegnen, werden sie von den (jüdischen) Israelis wie die übrigen Araber behandelt. Eine Friedensregelung würde mithelfen, sie von dem Druck zu befreien, sich immer wieder als „gute Palästinenser“ beweisen zu müssen.

In den Augen der Palästinenser, der Muslime wie der Christen, besteht vor allem so lange kein Grund zu irgendwelcher Euphorie, wie nicht wirklich gesichert ist, daß sich die soziale und wirtschaftliche Lage in nächster Zeit verbessert. Das Schicksal der Friedensinitiative von Rabin und Arafat wird sich daher auch nach allgemeiner Einschätzung weithin an der Frage entscheiden, inwieweit es gelingt, die Lebensbedingungen in den von Israel besetzten Gebieten zu verbessern. Dabei wird es entscheidend auf den Westen ankommen, denn auf die arabischen Länder wird man auch diesmal kaum zählen können.

Auch in der Vergangenheit war das verbale Eintreten für die Rechte der Palästinenser das eine, konkrete Hilfe für die in Flüchtlingslagern bzw. in den besetzten Gebieten Lebenden etwas ganz anderes. Gegenwärtig scheint im arabischen Raum die Meinung vorzuherrschen, hier sei in erster Linie Israel gefragt. Man befürchtet, mit der Hilfe für die Palästinenser den eigenen wirtschaftlichen Interessen in der Region auf die Dauer zu schaden, indem man denjenigen aufhilft, die schon bald als Konkurrenten auftreten werden. *Klaus Nientiedt*

## Nicht vorschnell urteilen

### 300 Tage Bill Clinton im Weißen Haus

*Vor einem Jahr gelang es Bill Clinton, dem weithin unbekanntem Gouverneur des Südstaates Arkansas, als demokratischer Bewerber bei den US-Präsidentschaftswahlen den republikanischen Amtsinhaber George Bush zu schlagen. Nach seinem Amtsantritt im Januar 1993 zeigt sich sehr rasch, daß auch Clinton nur mit Wasser kocht: Er konnte seine Versprechungen aus dem Wahlkampf nicht einlösen und beging Ungeschicklichkeiten, die ihn in der Öffentlichkeit Sympathien kosteten. Dennoch hat der 42. amerikanische Präsident durchaus Chancen auf eine insgesamt erfolgreiche Amtszeit, vor allem wenn das große Reformwerk für das Gesundheitswesen gelingt.*

Im Mai und Juni 1993 – Bill Clinton war gerade einhundert Tage im Weißen Haus – sprachen die Medien nicht freundlich über den 42. Präsidenten der Vereinigten Staaten. Die kritische Berichterstattung in Amerika schwappte auf die deutsche Presse über: „Mangelhaft für Clinton“ (Die Welt, 29. 4. 1993); „Laienspieler im Weißen Haus“ (Süddeutsche Zeitung, 28. 5. 1993). Die Frankfurter Allgemeine Zeitung war noch viel schneller. Sie wußte, ganz wie es sich für sie auch gehörte, sogar schon zwei Tage vor Clintons Amtsantritt: „Erste Kratzer auf Clintons Hochglanz“ (FAZ, 18. 1. 1993). Weil

die journalistische Auseinandersetzung mit dem jeweiligen amerikanischen Präsidenten ein völlig zeitunabhängiges Phänomen ist, dekretierte *Johannes Gross* dann erst im August im Magazin der FAZ: „Clinton/Carter. Die Dummheiten des einen beruhen auf Dummheit, die des anderen auf Überzeugung. Da haben wir ja noch Hoffnung“ (27. 8. 1993).

Schon sehr früh erhoben die konservativen Kritiker in den Vereinigten Staaten Einwände dagegen, daß Clintons Wahlkampfversprechen, die staatlichen Ausgaben stark zu senken und gleichzeitig die Steuerlastquote der Mittelschicht zu redu-

zieren, bei der Vorbereitung des als „Sparpaket“ bezeichneten Haushaltsentwurfs für das Jahr 1993/94 über Bord gegangen waren. Demgemäß bemängelte *Martin Anderson* von der *Hoover Institution* (Stanford) schon im März 1993, daß entgegen der ersten Ankündigung, jedem Dollar, der durch Steuererhöhung eingenommen werde, werde eine Ausgabenkürzung von zwei Dollar gegenüberstehen, in dem von der neuen Administration vorgelegten Haushalts-/Sporentwurf jedem eingesparten Dollar nicht weniger als 80 Dollar an Steuererhöhungen gegenüberstehen würden. Das Verhältnis 1:2 hatte sich unter der Hand in ein solches von 80:1 umgekehrt. Das sei eine „*offensive lie*“, eine offensive Lüge, welche die Wähler niemals verzeihen würden (San Francisco Examiner, 16.3.1993). Unter „*defensive lie*“ verstand der Mitarbeiter der Hoover Institution mit seinem neo-konservativen Tugendkatalog die läßlichen Wahlkampfplügen Clintons, mit einer bestimmten Frau keine Affäre gehabt, als Student kein Haschisch geraucht und die Einberufung in den Vietnamkrieg nicht zielbewußt umgangen zu haben. Mochte es „*offensiv*“ oder „*defensiv*“ gewesen sein, – Clinton war für *Martin Anderson* so und so ein Lügner. Die Polemik gegen den Präsidenten enthüllte sich als später Nachhall zum Wahlkampf, den die Republikaner verloren hatten.

Die Reduzierung des amerikanischen Haushaltsdefizits ist das Hauptproblem, das die Administration Clintons zu lösen hat, ohne daß sie für seine Entstehung verantwortlich ist. Es war vor allem *Ronald Reagan*, der „große Kommunikator“, der über einen Zeitraum von acht Jahren mit seinen *Reagonomics*, einer angebots- und konsumorientierten Wirtschaftspolitik, die *George Bush* einmal „*voodoo economics*“ genannt hatte und die er dann als republikanischer Präsident selbst fortführen mußte, das gigantische Haushaltsdefizit auflaufen ließ. Und diese wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen von zwölf Jahren sollte Bill Clinton binnen weniger Monate abschwächen und rückgängig machen?

Es gab immerhin auch Stimmen, die im Wissen um die irrationalen Elemente der amerikanischen Politik zu mehr Zurückhaltung bei den vorschnellen Urteilen rieten. Der erfahrene *David Gergen*, den Clinton knapp zwei Monate danach zu seinem Hauptberater im Weißen Haus machte, riet im Mai bei einer Fernsehdiskussion mit Washington-Insidern dazu, dem Präsidenten noch einmal eine zweite Frist von weiteren 100 Tagen einzuräumen (The New Yorker, 31.5.1993).

Wenn denn geurteilt werden muß, dann geht es zuerst einmal um die *Rückfragen* an die *Mechanik des amerikanischen Verfassungssystems*. Es geht um die konkreten Folgen aus dem Prinzip des „*checks and balances*“, das die drei Säulen der Regierung – Präsident, Kongreß und Gerichtsbarkeit – so miteinander verzahnt, daß jede dieser Säulen jeweils durch die beiden anderen begrenzt und korrigierbar ist. Gerade bei knappen Mehrheiten in Repräsentantenhaus und Senat können Präsidenten und Oppositionsführer nie aller Abgeordneten und Senatoren der jeweils eigenen Partei sicher sein, weil die besonders liberalen bzw. besonders konservativen Legislato-

ren in hochrangigen Entscheidungsfragen jeweils mit der Opposition oder umgekehrt mit der Regierung stimmen.

Weil es in beiden Kammern keinen Fraktionszwang gibt, können öffentlichkeitswirksame Interventionen aus den fernen Wahlbezirken, Versprechungen und Gegenversprechungen, die die Wiederwahl eines Abgeordneten befördern können, und im Wertesystem des einzelnen Legislators besonders hoch angesiedelte Überzeugungen die von einem Präsidenten vorgegebene Politik oft konterkarieren. In Washington gehört es zum Alltag, daß der Kongreß – zu Tode erschrocken – um Mitternacht von einem Gesetzgebungsschritt abweicht, den er noch am Nachmittag aus tiefster Überzeugung durchsetzen wollte.

In eine solche politische Welt mußte sich Bill Clinton seit dem 20. Januar 1993 einfinden, der einigermaßen erfolgreiche Gouverneur des armen Arkansas im provinziellen Bible Belt des südlichen Mittelwestens, der gerne joggte und anschließend bei McDonalds einen Hamburger aß. Ein Cartoon im „New Yorker“ war gnädiger mit dem neuen Präsidenten als die Leitartikler beiderseits des Atlantiks. Da sitzen zwei Sträflinge in ihrer Zelle auf den Betten, an der Wand die Zählstriche für die bereits verbüßten Tage. „Gebt ihm 'ne Chance! Was, zur Hölle, sind schon hundert Tage?“ (The New Yorker, 10.5.1993).

## Presidency as usual: Über das Banale im Weißen Haus

Kirchliches und politisches Leben sind für Amerikaner dann besonders schön, wenn sie mit einprägsamen Showeffekten daherkommen. Die symbolischen Gesten und die Fehler der Politiker sind hochwillkommen, weil sie regelmäßig mit *hohem Unterhaltungswert* verbunden sind. Diesen beiden Grundmustern – politischen Symbolen und wirkungsvollen Fehlern – war auch Clintons Politik vom ersten Tag an verbunden. Wie bei jedem anderen Präsidenten war auch jetzt nicht klar zu unterscheiden, was „Symbole an sich“, was in Fehler umgeschlagene Symbole und was politische Schnitzer der banalen Art waren.

Am ehesten gehörte es noch zu den ganz normalen Showeffekten, daß sich auf einmal bislang unbekannte Halbgeschwister des Präsidenten meldeten: ein Henry aus Kalifornien und eine Sharon aus Arizona. Mit Verwunderung wurde gleich im Januar vermerkt, daß Chalsea, die Tochter der Clintons, auf einmal in einer herausragenden Privatschule Washingtons angemeldet wurde, wiewohl beide Elternteile doch glühende Verfechter der allgemeinbildenden Schule sind. Handelte es sich dabei um das gleiche Syndrom, das auch bei deutschen Schulpolitikern gelegentlich vorkommt, oder waren es einfach die Sicherheitsüberlegungen zugunsten des Kindes? In einem anderen Fall sollte es sicher ein Symbol des jugendlichen Modebewußtseins des Präsidenten werden,

daß sich Bill Clinton von einem Modefriseur der teuren Art auf dem Flughafen von Los Angeles die Haare schneiden ließ. Das sollte die Gelegenheit sein, sich wohltuend von dem hausbacken und steif wirkenden Vorgänger Bush abzusetzen. Als dann aber bekannt wurde, daß aus Sicherheitsgründen eine Stunde lang keine anderen Flugzeuge auf dem Flughafen starten und landen durften, wurden die so entstandenen Kosten gleich auf die 200 Dollar für den Haarschnitt aufgeschlagen.

Ein wenig hochtrabend wurde der an sich unbedeutende Vorgang sogleich als „*Scalpgate*“ und das Präsidentenflugzeug, die *Airforce One*, als „*Hairforce One*“ geführt. Ungefähr gleichzeitig mit dem Haarschnitt in Los Angeles tauchten die in Wahlkämpfen so beliebten Ansteckbuttons wieder auf. „Macht mich nicht dafür verantwortlich – ich habe für Bush gestimmt“, hieß der flotte Spruch auf den Buttons.

Eine schlechte Presse brachte es Clinton ein, daß seine beiden ersten Kandidatinnen für das Amt der Justizministerin schon nach wenigen Tagen wieder aus dem Rennen waren, weil sie daheim Hausmädchen aus Lateinamerika illegal beschäftigt hatten. Das geplante Symbol sollte lauten: Der Präsident macht zum ersten Mal eine Frau zur Justizministerin, doch dann wurde die Angelegenheit nur noch als „*Nannygate*“ behandelt und als im Widerspruch stehend mit Clintons anspruchsvollem Sittenkodex für Regierungsmitglieder empfunden. Und dann wurde Mitarbeitern des Weißen Hauses aus dem dritten Glied wegen angeblicher Verfehlungen gekündigt, um die Stellen mit neuen Leuten aus Arkansas – und sogar mit Verwandten Clintons – neu zu besetzen. Die Betroffenen wehrten sich, gingen vor die Presse und wurden schließlich wieder eingestellt. Das war dann der clintonische Nepotismus, der als „*Travelgate*“ daherkam.

Das Wahlkampfversprechen, *Homosexuelle* unbeschränkt zur Armee zuzulassen, sollte als Symbol liberaler Politik, das keinen Dollar extra kosten würde, sofort nach Amtsantritt realisiert werden. Der gut gemeinte Vorschlag blieb dann aber am Widerstand der Generäle und des Senats hängen. Erst ein Kompromiß des Verteidigungsministers, der von Generalstabschef *Powell* gebilligt war, beendete im Juli den Streit zwischen Präsident und Armee.

Clinton war gerade gegenüber der Armee in den ersten Monaten seiner Amtszeit zu besonderen symbolischen Gesten verpflichtet, weil ihm seit dem Wahlkampf der Geruch des *draft dodger*, der sich während des Vietnamkrieges einer Einberufung entzogen hatte, anhaftete. Als Clinton am Vietnam-Gedenktag vor den am Ehrenmal in Washington versammelten Veteranen eine Ansprache hielt, wurde er von vielen Teilnehmern, die ihm den Rücken zuwandten, ausgebuht. Um so mehr war Clinton bemüht, sein Verhältnis zur Armee zu pflegen. Vor den Kadetten der Militärakademie in West Point bekräftigte er den globalen militärischen Führungsanspruch des „*second to none*“. Auf der Rückreise vom Wirtschaftsgipfel in Tokio flog der Präsident nach Südkorea weiter. Er spielte vor dort stationierten amerikanischen Soldaten Saxophon und er-

klärte an der Grenzlinie des 38. Breitengrads, daß eine atomare Aufrüstung in Nordkorea nahezu zwingend zu einem vernichtenden Schlag der USA führen würde. Auf einmal hatte sich die symbolische Geste, die zunächst für das amerikanische Fernsehpublikum gedacht war, mit einem Element kraftvoll klingender Außenpolitik verbunden.

Die unmittelbare Folge der halben Symbole und ganzen Pannen war, daß die öffentliche Zustimmung zu Clinton nach vier Monaten auf einen noch nie erreichten historischen Tiefstand gestürzt war. Ende Mai 1993 stimmten nur noch 36 Prozent der Amerikaner der Amtsführung Clintons zu. Harry S. Truman hatte nach vier Monaten im Weißen Haus bei 92, Carter bei 64, Reagan bei 59 und Bush bei 62 Prozent gelegen. In dieser Situation wurde *David Gergen*, ein Jurist und Journalist, der schon für Nixon, Reagan und Bush gearbeitet hatte, Anfang Juni zum Berater und Sprecher Clintons berufen (The New Yorker, 28. 6. 1993). Damit war die Absicht verbunden, diesen erprobten Kenner der Washingtoner Szene aus dem Weißen Haus heraus den ungeordnet wirkenden Arbeitsstil der neuen Administration glätten und die politischen Ziele Clintons einer ungeduldig gewordenen Öffentlichkeit erfolgreicher verdeutlichen zu lassen. Das war nicht das erste Mal, daß das politische Schicksal eines Präsidenten mit der Gestaltungskunst seines Hauptberaters engstens verbunden wurde.

Clinton räumte nicht ohne kritische Selbsterkenntnis in einem Interview des *Los Angeles Times Magazine* am 31. Juli 1993 ein, daß der Mangel an Washington-Erfahrung ihm den Beginn seiner Amtszeit erschwert habe. Hinter dieser Einsicht stand auch die Erwartung, daß ein verbessertes Management innerhalb der Regierung und eine überzeugendere Präsentation der politischen Hauptziele Clintons – Reduzierung des Haushaltsdefizits und Ausbau des Sozialsystems – in der Öffentlichkeit auch wieder mehr Zustimmung einbringen würden. Zwischen dem Interview in der Los Angeles Times und der nächsten Präsidentenwahl lagen noch mehr als drei Jahre, während derer nach innen und außen gute Politik betrieben werden könnte, wenn sich nur die ärgerlichen Fehler der ersten Monate zukünftig vermeiden ließen.

Ganz im Gegensatz zu den Problemen, die richtige Justizministerin zu finden, hatte Clinton dann auf einmal einen von niemand erwarteten Erfolg, als er die Nachfolge des zurückgetretenen Obersten Richters *Byron White* regelte. Nach einigem Zögern benannte er am 15. Juni *Ruth Bader Ginsburg*, Richterin am Bundesappellationsgericht in Washington, als seine Kandidatin für den Supreme Court. Die sechzigjährige Juristin aus Brooklyn sollte in einem den schon lange nicht mehr besetzten „jüdischen Sitz“ im Gericht einnehmen und gleichzeitig die zweite Frau im Obersten Gericht werden. Die Presse war noch dabei, Clinton ein unsicheres Vorgehen bei seiner Auswahl vorzuhalten, als sich bereits abzeichnete, daß Frau Ginsburg bei ihrer Bestätigung durch den Senat mit breitester Zustimmung rechnen könnte.

Vorausgegangen war, daß sich Clinton auf den Personalvorschlag des irischstämmigen *Daniel Patrick Moynihan*, der den

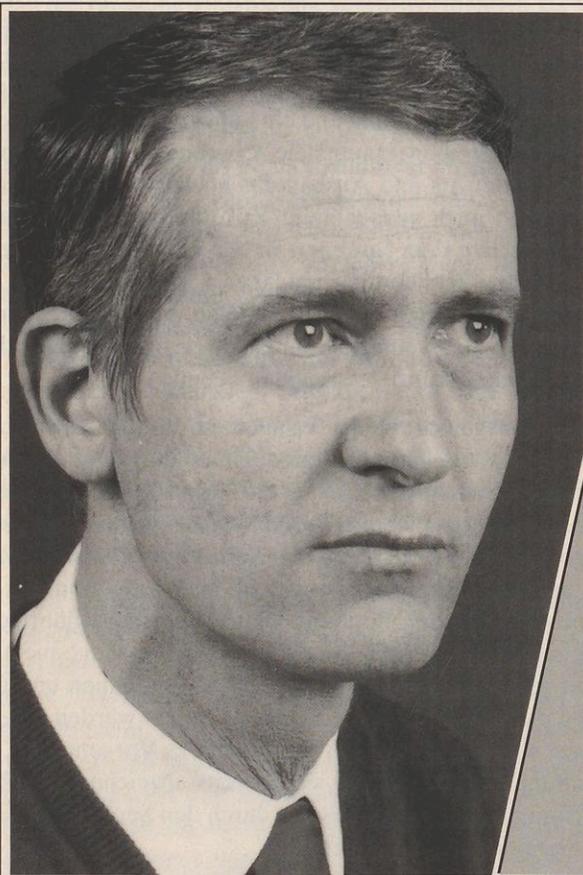
Bundesstaat New York seit 1976 im Senat vertrat und als Vorsitzender des Finanzausschusses des Senats einer der wichtigsten Politiker in Washington ist, verlassen hatte (The New Yorker, 5. 7. 1993). Nur sechs Wochen nach ihrer Benennung und trotz der Sommerzeit wurde Ruth Bader Ginsburg schon am 3. August mit 96 gegen 3 Stimmen vom Senat bestätigt. Alle diejenigen, die sich noch der zermürbenden und zerstörerischen Materialschlachten erinnerten, zu denen die Senatshearings über Reagans und Bushs Kandidaten für den Supreme Court entartet waren, rieben sich die Augen. Einen solchen eleganten Durchmarsch im Senat hatte es schon lange nicht mehr gegeben. Hatte Bill Clinton, als er sich mit seinem Parteifreund Moynihan verbündete, auf einmal Anschluß an das politische Establishment im Kongreß gefunden, was seiner Politik auch in anderen Fällen einen größeren Handlungsspielraum verschaffen würde?

Die großen Probleme sind auch für Clinton nahezu unlösbar

Senator Moynihan half Clinton auch dabei, das monatelang umstrittene Gesetzespaket, bestehend aus Haushalt 1993/94

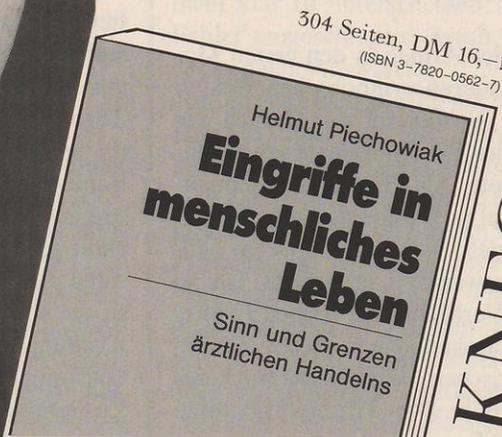
und Ausgabenkürzungen für die kommenden fünf Jahre, mit knapper Not durch den Senat zu bringen. Bei der Abstimmung am 6. August war der Senat mit 50 zu 50 Stimmen gespalten, und nur die in diesem Fall erlaubte Stimmabgabe des Vizepräsidenten ergab einen knappen Sieg von 51 zu 50 Stimmen. Mehrere demokratische Senatoren hatten mit der Opposition gestimmt. Einen Tag vorher, am 5. August 1993, hatte das Repräsentantenhaus das Gesetzespaket mit 218 zu 216 Stimmen angenommen. Bei einem Patt wäre das ganze Unternehmen gescheitert gewesen. Im Repräsentantenhaus hatten 41 demokratische Abgeordnete gegen die Regierung gestimmt.

Das Problem der Clintonschen „Spargesetze“ ist, daß in den nächsten fünf Jahren die staatlichen Ausgaben um 255 Milliarden Dollar verringert und die Steuereinnahmen um 241 Milliarden Dollar erhöht werden. Beide Positionen zusammen ergaben den rechnerischen Spareffekt von 496 Milliarden Dollar, über den Clinton frohlockte. Das schließt nicht aus, daß die Neuverschuldung des Bundes in den nächsten fünf Jahren trotzdem um eine weitere Billion Dollar steigen wird. Die beschlossenen Steuererhöhungen – bei der Einkommensteuer wurde beispielsweise der niedrige Spitzensteuersatz von 31 Prozent auf immer noch niedrige 36 Prozent erhöht; erstmals wurde eine Mineralölsteuer von zwei



Helmut Piechowiak, nach dem Studium der Medizin, Philosophie und Theologie als Internist in Regensburg tätig, nimmt in seinem Buch Stellung zu aktuellen Fragen aus seiner umfassenden Perspektive; *Schwerpunkte:*

Extrakorporale Befruchtung und Embryotransfer, Menschliches Cloning, Schwangerschaftsabbruch, Pränataldiagnostik und -therapie, AIDS, Kunstherz, Euthanasie, Sterbehilfe, Wahrheitspflicht des Arztes, Präventivmedizin, Religion und Gesundheit (Hilft Beten?), Anspruch und Wirklichkeit christlicher Krankenhäuser.



304 Seiten, DM 16,-!  
(ISBN 3-7820-0562-7)

**KNECHT**  
Verlag Josef Knecht, Frankfurt a. M.



ORIENTIERUNGEN

Pfennigen pro Liter eingeführt – treten in einigen Fällen rückwirkend in Kraft, während die Ausgabenkürzungen erst später greifen werden. Das „Sparpaket“ wird für eine gewisse Zeit also im Sinn einer Steuererhöhung wirken.

Es wurden Kürzungen bei der staatlichen Krankenversicherung für Alte und Arme eingeführt, während sich gleichzeitig eine Kommission unter *Hillary Clinton* daran machte, die Grundzüge eines immer noch fehlenden nationalen Krankenversicherungssystems zu beraten. Bill Clinton hatte am 5. und 6. August einen Bundeshaushalt durchgesetzt, der erstmals nach zwölf Jahren versuchte, das staatliche Defizit zu reduzieren, Steuern zu erhöhen und zumindest der Perspektive nach eine verbesserte Sozialpolitik einzuleiten. Hingegen ist noch nichts darüber gesagt, ob sich die amerikanische Konjunktur stabilisiert, unerwartete Neuausgaben vermieden werden und astronomisch hohe Mittel zur Bekämpfung der überall im Lande grassierenden Armut bereitgestellt werden können. Allein diese so kontradiktorische Konstellation zeigt, daß eine soziale und wirtschaftliche Erholung der USA erst in Generationen, aber nicht in hundert oder dreihundert Tagen oder in einer einzigen Amtszeit eines Präsidenten möglich sein wird. Den nachdenkenden Beobachtern vergeht schier der Mut, einem Präsidenten oder der Opposition im Kongreß, die die Notsituation ihres Landes erkennen, im Stil oberflächlicher Leitartikel sinnlose Handlungsvorschläge aufzudrängen.

Clinton hatte die Präsidentenwahl am 3. November 1992 deshalb gewonnen, weil er ankündigte, sich ganz der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Verzweiflung der USA zu widmen. Auf einmal stand er dann doch vor der Notwendigkeit, sich dem ganzen Tableau der Außenpolitik und der internationalen Politik zu widmen. Das konnte auch nicht anders sein, da die verbliebene Supermacht USA gerade nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ein wichtiger Orientierungspunkt im internationalen System geblieben war. Die Administration Clintons stellte fest, daß sie aufgrund eines Engagements, das bereits Präsident Bush eingegangen war, in Somalia gebunden und einer nur schwer kontrollierbaren Situation ausgesetzt war. Clinton mußte mit Präsident Jelzin in Kontakt treten und versuchte, diesem in seiner innen- und wirtschaftspolitischen Bedrängnis beizustehen. Der Tokioter Gipfel der G-7-Staaten half Clinton, in den Kreis der dort vertretenen Staatsmänner einzutreten und dabei, wie die amerikanische Öffentlichkeit beobachten konnte, eine gute Statur zu machen.

Der Angriff mit Marschflugkörpern auf das Gebäude des irakischen Geheimdienstes in Bagdad wurde damit begründet, daß dieser Geheimdienst ein Attentat auf George Bush geplant hatte, als dieser Kuwait besuchte und sich dort noch einmal als Sieger des Golfkrieges feiern ließ. Diese Überreaktion sah wie bares Faustrecht aus, überzeugte auch niemanden und stand in hartem Kontrast zu dem unbefriedigenden Zickzackkurs, den Clinton, wahrscheinlich desillusioniert von den handlungsunfähigen europäischen Institutionen und der UNO, in seiner Bosnienpolitik einschlug. Da aber die Gestaltung der Außenpolitik in der amerikanischen Öffentlichkeit weit weniger interessiert als die dem Bürger näherstehende

Innenpolitik, brachten nur Clintons Auftritt in Tokio und der Vergeltungsschlag gegen Saddam Hussein positive Anerkennung, während Somalia und Bosnien als Konfliktfelder erschienen, von denen sich die amerikanische Politik am besten fernzuhalten hatte.

Ein Arzt erinnert sich, daß noch während seiner Ausbildung Geisteskranke von ihren behandelnden Einrichtungen mit Greyhound-Tickets ausgestattet und auf einen Bus in den fernen Westen gesetzt wurden – wenn sie nur nicht mehr zur abgebenden Einrichtung zurückkehrten. Als zu Beginn der achtziger Jahre Präsident Reagan das damals schon hohe Haushaltsdefizit verringern wollte, ließ er die staatlichen Zuwendungen für die psychiatrischen Krankenhäuser streichen. Die Kranken wurden auf die Straßen entlassen, wurden gelegentlich von privaten Einrichtungen aufgefangen und erlitten schlimme Jahre im Zeichen der „Reaganomics“. In New York versuchten die ausgesetzten Kranken, sich auf den Lüftungsschächten der Subway zu wärmen, und erfroren während der Schneestürme harter Winter.

---

## Noch ist Clinton nicht verloren

---

„Greyhound therapy“ und Krankenfürsorge à la Reagan sollen nun vorüber sein, denn Bill Clinton hat am 22. September dem Kongreß einen umfassenden Plan zur Reform des Gesundheitswesens und des Krankenversicherungssystems vorgelegt. Clintons Rede wurde landesweit über die Medien verbreitet, und sogleich begann die politische Diskussion. Der Kern von Clintons Programm „Nach Jahrzehnten der falschen Versuche müssen wir das zu *unserer wichtigsten Priorität machen*: jedem Amerikaner eine Krankenversicherung zu geben, eine Gesundheitsfürsorge (Health Care), die ihm niemand wegnehmen kann, eine Gesundheitsfürsorge, die immer Bestand haben wird“ (The Denver Post, 23. 9. 1993).

Die ersten Stellungnahmen von oppositionellen Politikern stimmten hoffnungsfroh. *Bob Dole*, der Führer der republikanischen Minderheit im Senat, erklärte im Anschluß an Clintons Rede, daß der Entwurf des Präsidenten ein „guter Anfang“ sei. Auf beiden Seiten des Kongresses gebe es viele gute Ideen, die schließlich zu einem vernünftigen Kompromiß führen würden. In einem Jahre werde die Nation ein neues Krankenversicherungssystem haben. Darauf weisen auch die Umfragen in der Bevölkerung hin. 61 Prozent der Amerikaner sind bereit, für eine verlässliche Krankenversicherung mehr Steuern zu zahlen. Nur 33 Prozent – vor allem die Besserverdienenden, die schon versichert sind – sind gegen Steuererhöhungen und Belastungen, die sich aus der umfassenden Krankenversicherung ergeben (New York Times/CBS Poll, 16.–19. September 1993).

Nach Clintons Entwurf, der von seiner Frau Hillary gestaltet wurde, werden die Alten besser versorgt sein. Frauen können erstmals Vorsorgeuntersuchungen formlos über das kommende Versicherungssystem abrechnen. Die Versicherungsbeiträge

ge für die, die wenig verdienen, werden gesenkt. Ein Arbeiter bleibt auch beim Wechsel der Arbeitsstelle und bei Arbeitslosigkeit krankenversichert. Die Beiträge der Selbständigen sollen sinken. Kinder werden automatisch mitversichert. Die Kosten der Krankenversicherung, welche die Firmen mit über 5000 Mitarbeitern bereits haben, werden wesentlich billiger. Die Belastung der Arbeitgeber soll bei 7,9 Prozent der Lohnkosten liegen. General Motors entrichtet bisher 19 Prozent der Lohnkosten an die betriebliche Krankenversicherung, im Durchschnitt der Großbetriebe sind es immerhin noch 12 Prozent. Dafür müssen die Firmen, die 25 und weniger Mitarbeiter haben und von denen zwei Drittel keine Krankenversicherung gewährten, zwingend dem Krankenversicherungssystem beitreten. Aus dieser starken Gruppe wird Clinton besonders viel Widerstand zu erwarten haben.

Die Krankenhäuser sollen weniger einnehmen, ebenso die Fachärzte und die pharmazeutische Industrie. Die Rechtsanwälte sind einstweilen die erste Gruppe, die frohlockt: die Errichtung des Systems, die eng mit dem Umbau des bestehenden – und darüber teuren – Versicherungswesens zusammenhängt, wird viel versicherungsrechtlichen Sachverstand erfordern.

Das Präsidentenpaar und die ihm zuarbeitenden Fachleute sind bereits aufgebrochen, den neuen Plan dem Volk bekanntzumachen. Was sich aus dem Weißen Haus in den kom-

menden Monaten über das Land ausdehnen wird, ist durchaus innerhalb der Kategorien eines großen Wahlkampfes zu sehen. Clinton hat sich der Mitarbeit des ehemaligen General Surgeon *Everett Koop* versichert, der unter Reagan und Bush das Amt des „obersten Arztes der Nation“ versah. Es wird Clinton beim Kampf um die Gesundheitsreform helfen, daß Koop bereits überall erklärt, daß keiner der noch lebenden Vorgänger Clintons soviel für das Gesundheitswesen getan habe wie der gegenwärtige Präsident. Das bezeichnet immerhin einen Zeitraum bis zurück ins Jahr 1968, als Richard Nixon Präsident wurde.

Clintons Ehrgeiz reicht noch weiter. Seine Gesundheits- und Krankenversicherungsreform soll anknüpfen an die Einführung der amerikanischen Sozialversicherung, der *Social Security*, durch Präsident Roosevelt im Jahr 1935. In diesem Herbst 1993 stellt sich der Eindruck ein, daß Clintons politische Flexibilität und seine Gestaltungskraft die Opposition in das Gesetzeswerk, das eindeutig auf das „mittlere Amerika“ zielt, einbinden können. Sollte das Programm 1994 oder 1995 Gesetzeskraft erlangen, dann wird Clinton aus heutiger Sicht erst einmal beruhigt das Wahljahr 1996 erwarten können. Nein, der 42. Präsident hat in keiner Weise politisch verloren. Es kann ganz anders kommen, als die schnellen Kritiker glauben machen wollen. Wir alle sollten mit unseren Prognosen erst einmal für drei Jahre innehalten. *Hermann Vogt*

## „Wir brauchen weniger Selbstmitleid“

Ein Gespräch mit Hartmut Löwe, dem Bonner Bevollmächtigten der EKD

*Drei Jahre nach der Wiedervereinigung ist die politische Landschaft in der Bundesrepublik von Unsicherheit geprägt. Man weiß, daß vieles nicht mehr weitergehen kann wie bisher, zögert aber bei den notwendigen Schritten auf diesem Weg. Angesichts von Orientierungsproblemen und Werteschwund rufen viele nach den Kirchen; diese werden aber durch die gesellschaftliche Entwicklung selber stark gebeutelt und müssen sich auch über ihre Rolle gegenüber der Politik neu klar werden. Über Politik und Kirche heute sprachen wir mit Prälat Hartmut Löwe, seit Anfang dieses Jahres Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.*

**HK:** Herr Dr. Löwe, angesichts der verschiedenen großen Herausforderungen, die gegenwärtig zu bewältigen sind – Aufbau Ost, wirtschaftliche Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit, außenpolitische Neuorientierung –, wirkt das politische System der Bundesrepublik überfordert. Ist Deutschland eine Schönwetterdemokratie, in der bei steigendem Wohlstand und stabilen Rahmenbedingungen alles glatt läuft, die aber mit tiefgreifenden Krisenerscheinungen und Problemlagen nicht zu Rande kommt?

**Löwe:** Gegenüber großen Diagnosen und Vokabeln ist eine gewisse Vorsicht geboten. Aber man hat derzeit tatsächlich

oft den Eindruck, daß über dem politischen Handeln und seinen Akteuren so etwas wie eine Lähmung liegt. Sie rührt meiner Meinung nach letztlich von einer gewissen Realitätsverweigerung her. Ich fürchte, wir nehmen noch nicht wirklich wahr, was nach dem Wegfall des Ost-West-Konflikts und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit aus Deutschland und Europa geworden ist. Natürlich ist 1989/90 in unserem Land politisch Grandioses geleistet worden. Wie *Helmut Kohl*, *Hans-Dietrich Genscher* und *Willy Brandt* die Gunst der Stunde erkannt und entsprechend gehandelt haben, sucht seinesgleichen. Leider haben sich dann Kleinmut und Krämer-